

Ihre Stimme für den Atomausstieg!

Bundesweit mobilisiert die Anti-Atom-Bewegung zur Demonstration nach Berlin. Mit dabei sind die Menschen, die sich gegen den Neubau von Kohlekraftwerken landauf, landab engagieren. Und es sind diejenigen dabei, die sich für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energie einsetzen. Sie alle wissen, dass es bei der anstehenden Bundestagswahl um eine Richtungsentscheidung gehen wird.

Es ist nicht Sache einer Umweltorganisation sich parteipolitisch zu verhalten. Aber es geht auch kein Weg daran vorbei, festzustellen, dass eine Bundesregierung unter einer Kanzlerin Angela Merkel für den dringend erforderlichen Systemwechsel in der Energiepolitik in jedem Fall verheerende Folgen haben wird.

Schon jetzt liegen die Ausbauziele der schwarz-roten Bundesregierung für die erneuerbaren Energien hinter den Möglichkeiten zurück. Bis 2020 will die Bundesregierung 30 Prozent der Stromversorgung über erneuerbare Energien erreichen. Bis zu 48 Prozent könnten es aber nach überzeugenden Angaben der Hersteller von Anlagen für erneuerbare Energien sein – und dadurch hätten bis

zu 500.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Auch vor diesem Hintergrund hat das alte Energiesystem abgewirtschaftet: Gerade mal 30.000 bis 38.000 Menschen sind in der Atomwirtschaft beschäftigt.

Doch dem überfälligen Umbau des Energiesystems hin zu einer dezentralen Energieversorgung stehen vor allem die vier Stromkonzerne E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, aber auch CDU/CSU und FPD entgegen. Die großen Stromkonzerne wollen als Global-Player in Europa agieren und dazu brauchen sie Großkraftwerke auf Basis von Kohle und Atom. Mit diesen Anlagen fahren sie das Geld ein, dass sie dringend für ihren Expansionskurs in Europa brauchen. Und die wirtschaftspolitischen Visionen von schwarz-gelb sind mit denen der Stromkonzerne identisch. Und auch die SPD hat sich in der Frage des Neubaus von Kohlekraftwerken umwelt- und energiepolitisch deutlich an die Seite der Stromriesen gestellt. Selbst oder gerade auch Umweltminister Gabriel verteidigte die gigantischen Ausbaupläne der Stromkonzerne lange Zeit gegen die Kritik der Umweltverbände und BürgerInnen. Erst in diesem Frühjahr – der Wahlkampf kam gerade in Fahrt – korrigierte sich Gabriel und scheiterte mit dem Versuch, den weiteren Ausbau der Kohleenergie zu stoppen. Die SPD hält am massiven Ausbau der Kohlekraftwerke fest!

Jenseits aller parteipolitischer Konstellationen und Vorhersagen wird eine politische Entscheidung für den Umbau im hohem Maße davon abhängen, ob diejenigen, die sich für einen massiven und grundlegenden Wandel in der Energiepolitik einsetzen, sich im Vorfeld der Wahlen gesellschaftlich Gehör verschaf-

fen und so den Druck auf alle Parteien erhöhen können. Die Anti-Atom-Bewegung hat das erkannt und trommelt mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine möglichst starke Demonstration in Berlin. Es geht nicht allein um die Frage, wie viele Menschen kommen werden. Es geht darum, die gesellschaftlichen Kräfte, die mehrheitlich für einen Ausstieg aus der Atomenergie plädieren und die den Systemwechsel wollen, sichtbar und für die Parteien spürbar zu machen. Und zwar über die Bundestagswahl im Jahr 2009 hinaus!

Die Störfallserie im AKW Krümmel, das angeblich zwei Jahre umfassend repariert und daher total sicher sein sollte, hat selbst bei der CDU zum Nachdenken geführt. Die GRÜNEN und die SPD fordern nun von den Stromkonzernen, schnellstens die alten, „unsichereren“ Reaktoren abzuschalten – und die Stromkontingente auf die neueren Atommeiler zu übertragen. Insgesamt acht der 17 Atommeiler wären von einer solchen Maßnahme betroffen und würden vom Netz gehen.

Mit Ausnahme von Krümmel würden alle diese Atommeiler nach dem derzeit geltenden Atomrecht in den nächsten vier Jahren ohnehin abgeschaltet. Und klar ist, dass es in jedem Reaktor zum Super-Gau kommen kann, egal wie alt er ist. Und in jedem dieser Reaktoren wird Atommüll produziert, dessen Lagerung vollkommen ungeklärt ist. Aber angesichts der Drohung, dass es zu einer Verlängerung der Laufzeiten insgesamt kommen könnte, wäre die Stilllegung dieser acht Anlagen wenigstens ein Signal, dass der Atomausstieg endlich umgesetzt wird. Das wäre auch in der internationalen Debatte ein durchaus



wichtiger Aspekt: Die Stilllegung von acht Atomkraftwerken wäre gegenüber Ländern wie Großbritannien, Schweden, Finnland, Italien eine klare Aussage: Während andere wieder auf Atomkraft setzen wollen, geht eines der bedeutendsten Industrieländer weiter den Weg des Ausstiegs und schafft damit die Voraussetzung für den Ausbau der erneuerbaren Energien.

Die Umweltbewegung hat gute Gründe, weiterhin mit dem bestehenden „Atomkonsens“ unzufrieden zu sein, da er bis heute keinerlei Atomausstieg zur Folge hat. Im Gegenteil - er beschert uns jetzt möglicherweise eine Verlängerung der Atomenergienutzung. Diejenigen Reaktoren, die eigentlich noch vor der Bundestagswahl ihre zugeteilte Reststrommenge produziert und stillgelegt hätten werden müssen, haben die Stromkonzerne kurzerhand einfach in den Reparatur-Betrieb geschickt. Diese Schwäche des Atomkonsens hat jetzt bittere Folgen: Statt einer endgültigen Stilllegung der AKW Neckarwestheim 1, Brunsbüttel und Biblis A im Wahljahr 2009 drohen nun neue politische Mehrheiten, die selbst diesen Schrott-Anlagen nach der Wahl zu einer Laufzeitverlängerung verhelfen wollen.

So wichtig es ist, dass es beim Atomausstieg bleibt: Zu fordern ist, dass diejenigen Parteien, die die Stimme der Umweltbewegungen und der AtomkraftgegnerInnen haben wollen, noch vor den Bundestagswahlen konkret aufzeigen müssen, wie sie die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um den Atomausstieg faktisch voran zu bringen. Gabriels Appell an die Stromkonzerne, die Altanlagen im Rahmen des geltenden Atomgesetzes stillzulegen, ist eine schöne Pose. Aber weder er noch die Grünen haben bis jetzt aufgezeigt, wie diese Minimal-Forderung umgesetzt werden soll, wenn die Stromkonzerne dem nicht folgen. Und zu kritisieren wäre: Eine Beschleunigung des Atomausstiegs stellt diese Forderung nicht dar. Die Sache des sofortigen Ausstiegs braucht weiterhin eine starke und unabhängige Anti-Atom-Bewegung.

Atomkraftwerke abschalten!

Eine im Frühjahr 2009 – also noch vor der Pannenserie bei Vattenfall - durchgeführte Forsa-Umfrage im Auftrag des Bundesumweltministeriums hat ergeben, dass selbst von den AnhängerInnen der CDU/CSU 18 Prozent den Ausstieg aus der Atomenergie beschleunigt sehen wollen und 29 Prozent für das bisherige Ausstiegs-Tempo plädieren. Insgesamt 47 Prozent der AnhängerInnen der CDU/CSU haben also den Atomausstieg akzeptiert oder finden ihn sinnvoll. Interessant auch, was AnhängerInnen von SPD und GRÜNEN erwarten. Bei den SPD-Anhängern wollen immerhin 41 Prozent, bei den GRÜNEN 55 Prozent schneller aussteigen als es die damalige rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2000 ausgehandelt hat (Tempo beibehalten: 37% SPD, 39% GRÜNE). Es ist Sache der Anti-Atom- und der Umweltbewegung, diese gesellschaftlichen Interessen zu bündeln und sichtbar zu machen und von allen Parteien die Berücksichtigung dieser Interessen in der Politik einzufordern.

Sicher, bei der kommenden Bundestagswahl wird der Umgang mit den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise beherrschend

sein. Auch hier geht es darum, das bisherige System umzubauen. Die Grenzen eines neo-liberalen Wirtschafts- und Finanzsystems, in dem vor allem Banken und Großkonzerne fast vollständig von staatlicher Kontrolle und Aufsicht befreit agieren und sich ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung immer mehr entledigen konnten, sind in dieser Krise deutlich geworden. Die Rettungsschirme für Banken und Konzerne, die in den letzten zehn Jahren aberwitzig wachsende Renditen auf dem Rücken der Beschäftigten erbeuteten, dürfen nicht die einzige Antwort auf die Krise bleiben. Ein Systemwechsel muss die Opfer dieser Krise – die Beschäftigten, die ohne jede Verantwortung für dieses Desaster ihre Arbeitsplätze verlieren – schützen und sozial sichern. Und es ist dringend nötig, mehr Demokratie auch in der Wirtschaft einzufordern.

Jede zukünftige Bundesregierung wird sich darauf einstellen müssen, dass es wachsenden Widerstand gegen die weitere Nutzung der Atomenergie geben wird, dass der Kampf gegen neue Kohlekraftwerke auch 2010 stattfinden wird und das der Ausbau der erneuerbaren Energie intensiviert werden muss. Bis heute waren die Parlamente noch nie die Speerspitze im Kampf um grundlegende Veränderungen. Veränderungen werden von gesellschaftlichen Kräften, von sozialen Bewegungen vorangebracht! Also von uns! Deshalb rufen wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen zu der Demonstration am 5. September in Berlin auf. Und deshalb bitten und fordern wir Sie auf: Werden Sie aktiv! Kommen Sie nach Berlin!

Dirk Seifert, Hamburg
energie@robinwood.de

